

Nein zum asozialen und nutzlosen CO2-Gesetz! Bauen wir die Opposition jetzt auf und bekämpfen wirklich die Klimakrise!

Resolution zuhanden der DV de JUSO Schweiz vom 24. April 2021

Erste Unterschreibende: *JUSO Tessin, JUSO Oberwallis, Jimena Villar de Onis (Waadt), Shivani König (Stadt Bern), Helena Winnall (Stadt Zürich), Dersu Heri (Genf), Ambroise Thévenoz (Genf), Jessica Bamford (Stadt Bern), Felix Looby (Stadt Bern), Johanna Didenko (Waadt), Patrick Côté (Stadt Zürich), Beat Schenk (Thurgau), Lars Kohlfürst (Thurgau), Joël Reichelt (Thurgau), Lazar Kablinovic (Stadt Zürich), Valentin Prélaz (Unterwallis), Noëlle Ruoss (Thurgau), Robin Brugger (Thurgau).*

Der Klimawandel erfordert rasches und entschiedenes Handeln. Das für den 13. Juni 2021 zur Abstimmung stehende CO2-Gesetz ist völlig ungeeignet, diese Aufgabe zu erfüllen. Es wird uns weder klimatechnisch noch politisch näher an Netto Null bis 2030 bringen.

Wir lehnen das Gesetzes ab, weil wir eine echte Alternative aufzubauen wollen. Eine Alternative, die die Schuldigen an der Klimakrise zur Verantwortung zieht. Tatsächlich macht der individuelle Straßenverkehr in der Schweiz nur einen kleinen Teil der gesamten Treibhausgasemissionen aus, insbesondere wenn man die Emissionen aus dem Ausland berücksichtigt. Verursachende sind die KapitalistInnen und ihre Konzerne! Ihre Macht müssen wir brechen, wirtschaftlich und politisch. Ein Ja zu diesem von kapitalistischer Logik durchtränktem Gesetz ist ein Rückschritt auf diesem Weg. Denn er schlägt vor, Treibstoff zu besteuern und damit die Verantwortung für die Beschaffung der Mittel für das Klimaabkommen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Makroökonomisch gesehen ist der monetäre Nutzen für die Arbeiterklasse nicht existent. Nicht nur, dass ein Teil des Geldes in Verwaltungsverfahren verloren geht, die erbrachten Sozialleistungen sind auch aus anderen Gründen problematisch. Von einem Standpunkt der arbeitenden Bevölkerung - und damit einzig wirklich sozialistischen Standpunkt - aus kann es nicht sein, dass einer der ersten Schritte im Kampf gegen den Klimawandel von der Arbeiterklasse finanziert wird, ohne dass diese einen wirklichen Nutzen davon hat.

Der Klimastreik stellte den Slogan «System Change, not Climate Change» auf. Die Frage, wie kann man für den System Change kämpfen, wie man wirkliche Lösungen erkämpft, hängt mit der Frage zusammen: Wie kann die Klimabewegung grösser und stärker werden? Die Klimabewegung ist dann stark und durchsetzungsfähig, wenn so viele Menschen wie möglich an den Demonstrationen teilnehmen. Wenn er die Massen an Lohnabhängigen ergreift!

Die Lohnabhängigen in den Betrieben sind die natürlichen Verbündeten des Klimastreiks. Nicht nur haben alle Lohnabhängigen das Interesse des Überlebens unserer Klasse und die Abwendung des Klimakollapses. Ihre Stärke liegt darin, dass nur sie den ganzen Reichtum der Gesellschaft erschaffen und durch ihre Arbeit täglich das ganze System am Laufen halten.

Die kämpfenden SchülerInnen haben die Aufgabe, die Lohnabhängigen in den Kampf zu ziehen. Im Gegensatz zu den SchülerInnen können diese mit Streiks die Wirtschaft lahmlegen. Und wenn sie gut genug organisiert sind, können sie die Betriebe auch selbst übernehmen, verwalten und nach ihren Interessen – und in Harmonie mit der Umwelt – verändern.

Viele Arbeiter haben sich von den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung (Sozialistische Partei, Gewerkschaft, aber auch die Grünen) abgewandt. Wenn diese Organisationen ihre Interessen nicht vertreten, haben sie keinen Grund, ihnen zu vertrauen. Mit dem CO2-Gesetz werden die Arbeitnehmer einmal mehr in die Arme der SVP getrieben! Indem wir das CO2-Gesetz unterstützen, distanzieren wir uns nur von dieser Klasse und "bestätigen" das Bild der Linken als eine Steuerpartei, die die Kaufkraft der Arbeiter zerstört.

Wie sollen wir das Vertrauen der Lohnabhängigen gewinnen, wenn wir sie heute anlügen, nur um unser eigenes Bewusstsein zu beruhigen? Um in den stinkenden Gewässern der bürgerlichen Parlamentspolitik die Orientierung nicht zu verlieren, braucht die Arbeiterklasse eine Politik, welche gänzlich unabhängig von den Interessen der Kapitalisten ist. Eine Politik, welche konsequent die Interessen der Lohnabhängigen als Kompass hat.

Bereits am Tag nach der Abstimmung wird sich erneut die Frage stellen, wie wir uns gegen die Kapitalisten durchsetzen können. Hier braucht es vor allem eines: politische Klarheit. Unter dem kapitalistischen System ist eine Gesellschaft, welche einen harmonischen Umgang der Menschen untereinander und mit der Natur ins Zentrum stellt, unmöglich! «System Change» bedeutet, den BesitzerInnen der Konzerne, welche für das Gross der Umweltzerstörung verantwortlich sind, die Kontrolle über die Geschicke der Menschheit zu entreissen.

Kurz: Der Kampf für «Netto Null 2030» ist der Kampf für den Sozialismus. Dieser Kampf kann und muss mit jedem Teilkampf im Hier und Jetzt verbunden werden, also auch mit dem Kampf gegen das CO2-Gesetz! Schritt eins ist klarzumachen, dass wir das Klimaproblem nur im Kampf für den Sozialismus und gemeinsam mit der Arbeiterklasse lösen können. Und diese gewinnen wir nur, indem wir sagen: Eure Krise bezahlen wir nicht! Weder die Klima- noch die Wirtschaftskrise! Diese einfachen Grundsätze verteidigen wir auch aus einer Minderheit. Denn sie sind die einzigen, die eine Mehrheit der Gesellschaft vom Kampf für die eigene Befreiung hinter sich vereinen können.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Dass das CO2-Gesetz sozialistische Herzen kaum höherschlagen lässt, streiten wenige ab. Trotzdem ist eine Ablehnung des Referendums und in der Konsequenz die kritische Ja-Parole sowohl für das Klima wie auch strategisch deutlich sinnvoller. Diese Position wurde an Versammlungen der JUSO Schweiz bereits 3x diskutiert und demokratisch gefällt.

Eine Ablehnung des Gesetzes wäre insofern strategisch nicht sinnvoll, als dass wir damit die Trennlinie an der falschen Stelle provozieren würden. Es ginge nicht um die Frage: Kapitalismus ja oder nein? Wir würden im Gegenteil die progressive Allianz spalten. Jene Allianz, welche der Klimastreik mit unseren Genoss*innen für kämpferische Projekte wie den Strike for Future einen konnte.

Noch wichtiger ist der Kampf gegen das fossile Kapital, welches dieses Referendum zum grossen Gefecht erklärt hat. Die Gas- und Ölindustrie und die Automobilbranche investieren vermutlich 5 – 10 Millionen in den Abstimmungskampf. Sie wissen, dass selbst dieses CO2-Gesetz eine der grundlegendsten Abstimmungen in der Klimafrage darstellt. Wenn das Gesetz am 13. Juni angenommen wird, gilt dies als Sieg für die Klimabewegung. Eine Ablehnung wäre ein unmissverständlicher Sieg des fossilen Kapitals. Diesen Kampf, auch wenn er mit diesem Gesetz eher einem Stellvertreterkrieg ähnelt, müssen wir gewinnen.

Die Unterzeichner*innen dieser Resolution schreiben grundsätzlich richtig: «Bereits am Tag nach der Abstimmung wird sich erneut die Frage stellen, wie wir uns gegen die Kapitalisten durchsetzen können.» Darauf konzentrieren wir uns aktuell. Deshalb laufen im Hinblick auf den Strike for Future und die CO2-Gesetz-Abstimmung Aktivitäten mit dem Ziel, klar zu machen, was nach dem CO2-Gesetz kommen muss. Dabei finden auch in vielen Sektionen Veranstaltungen zum Thema Klima und Kapitalismus statt.

Auf die inhaltlichen Argumente geht die GL an diesem Punkt nicht mehr detailliert ein. Diese wurden anlässlich der JV am 22.02.2020, der DV am 31.10.2020 und der JV vom 21.02.2021 bei ähnlichen Anträgen bereits ausführlich dargelegt. Die Geschäftsleitung empfiehlt, den Entscheid der Jahresversammlung zu bestätigen und die Resolution daher abzulehnen.